

LITERATURBERICHT

Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroversen um den „demokratischen Frieden“

Anna Geis

I. Einleitung: Die neue Konjunktur einer alten Idee¹

Der Gedanke, dass von Republiken eine pazifizierende Wirkung auf die internationalen Beziehungen ausgehe, ist nicht neu. Überlegungen zum Zusammenhang von Herrschaftsform und Frieden stellten eine ganze Reihe von Denkern der Ideengeschichte an, neben anderen Rousseau und vor allem der Abbé de St. Pierre – und keineswegs erst, wie häufig angenommen wird, Kant in seiner Schrift „Zum Ewigen Frieden“.² Die dann ideologisch gewendete These von den friedliebenden Demokratien spielte in der internationalen Politik des zwanzigsten Jahrhunderts und besonders in der Außenpolitik der USA eine bedeutsame, legitimationsstiftende Rolle. Mit dem Ende des Kalten Krieges schließlich und der zunächst damit verbundenen Hoffnung auf einen Aufbruch in eine neue, demokratische Ära setzte eine starke Popularisierung der Idee ein, dass eine durch den Westen nachdrücklich geförderte Demokratisierung weltweit auch zu mehr Frieden führen würde. Die politikwissenschaftliche Forschung zum Zusammenhang zwischen Herrschaftsform und Außenverhalten, die vor allem in den Internationalen Beziehungen der USA in Form des „democratic peace“-Forschungsprogramms betrieben wird, begann in den achtziger Jahren eher zaghaft, weitete sich vor dem Hintergrund des weltpolitischen Umbruchs in den neunziger Jahren jedoch ganz erheblich aus und gleicht gegenwärtig noch immer einer Wachstumsindustrie; die Zahl der Studien ist kaum noch überschaubar. Die beiden (nicht unumstrittenen) Kernthesen bilden einen Doppelbefund: Erstens führen Demokra-

ten gegeneinander (fast) keine Kriege, und zweitens sind Demokratien nahezu ebenso häufig wie andere Herrschaftstypen in Kriege verwickelt, sie sind also nicht inhärent friedlicher.³ Jack Levy hat die erste Kernthese des „demokratischen Friedens“ sogar in den Rang eines – und des einzigen – empirischen Gesetzes der Internationalen Beziehungen erhoben (Levy 1988: 662).

Die überwiegend quantitative Forschung zum „demokratischen Frieden“ ist zwar Bestandteil eines liberalen Konkurrenzprogramms zu realistischen Erklärungsansätzen internationaler Politik – dem systemischen, staatenweltlichen Fokus „der Realisten“ wird der subsystemische Ansatz „der Liberalen“ mit ihrem Interesse an dem Verhältnis von Innenpolitik und Außenpolitik entgegengesetzt –, doch gibt es in letzter Zeit durchaus Weiterentwicklungen innerhalb dieses Forschungsprogramms, die nach zum Teil sehr heftiger gegenseitiger Kritik mögliche Kongruenzen zwischen den beiden Ansätzen erkennen lassen (dazu Maoz 1997: 192–194). Die Kritik am „demokratischen Frieden“ bewegt sich zwischen dem (politischen) Vorwurf, hier an einem Mythos zu arbeiten, und dem ausdauernden Verweisen auf die methodischen Defizite der quantitativen Studien, die in ihren Definitionen und Skalierungen so angelegt seien, dass sie zum gewünschten Resultat führten (z.B. Layne 1994; Spiro 1994). Viele Proponenten versuchen der Kritik durch Verbesserung ihrer Forschungsdesigns und Erweiterung ihrer Argumentationsgänge zum Teil zu begegnen, die Robustheit des Befundes wird aber scheinbar immer wieder bestätigt. Dennoch herrscht auch innerhalb der liberalen Forschungsgemeinde keineswegs einfach nur Konsens, sondern die Erklärungen für den Befund können zwischen institutionalistischen, strukturellen, kulturell-normativen,

konstruktivistischen und auch neuerdings systemischen Ansätzen variieren oder sich vermischen, wie im folgenden Literaturbericht zu zeigen sein wird. Sowohl Kritiker als auch Befürworter des „demokratischen Friedens“ führen mittlerweile auch verstärkt Fallstudien durch (z.B. Elman 1997; Owen 1997), um potenziellen Erklärungen angemessener auf die Spur zu kommen als dies durch die quantitativen Studien möglich ist. Uneinigkeit gibt es jedoch auch über die Frage, ob Demokratien generell friedlicher sind als andere Herrschaftstypen: wurde dies lange fast durchweg verneint, tendieren jetzt doch mehr Forscher dazu, sich der Minderheitsmeinung von R.J. Rummel (1979, 1995) anzuschließen (Benoit 1996; Ray 1997; O Neal/Ray 1997; Siverson 1995; Czempiel 1996; Maoz 1997; vgl. Elman 1997a: 14–18); der Forschungsprozess ist hier keineswegs abgeschlossen. Nicht zuletzt gibt es auch unter den Liberalen Differenzen hinsichtlich der realpolitischen Folgerungen aus der politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit dem gesamten Themenkomplex. Die meisten Studien nehmen hierzu knapp Stellung: Sollte der Westen die weltweite Demokratisierung auch aus friedenspolitischen Gründen vorantreiben oder besteht Anlass zu einem eher skeptischen Ausblick in die Zukunft, da sich demokratisierende, instabile Staaten eine neue Gefahr für den Frieden darstellen könnten (Mansfield/Snyder 1995; vgl. Ward/Gleditsch 1998)?

Im Folgenden sollen die gerade nur ange deuteten Hauptkontroversen und Probleme der Forschung anhand der wichtigsten Literatur ausführlicher behandelt und, nach den drei Abschnitten Methodenkontroverse (II), Erklärungsproblem (III) und Ausblick (IV) sortiert, zusammenfassend dargestellt werden.

II. Die Methodenkontroverse:

Ist der „demokratische Frieden“ nur ein statistisches Artefakt?

Der Streit um Definitionen, Indikatoren und Befunderhebung ist bei jeder empirischen Forschung Grundbestandteil wissenschaftlicher Kritik. Das hier behandelte, ganz überwiegend quantitativ angelegte, Forschungsprogramm wählt dabei mit der unabhängigen Variable Demokratie und der abhängigen Variable Frieden (bzw. Krieg) besonders hohe Aggregatsebe-

nen, die auf Grund ihrer großen Komplexität und der damit verbundenen schwierigen Operationalisierung unweigerlich für kaum lösbare Kontroversen sorgen müssen (vgl. Kegley/Hermann 1997: 100–102; Ray 1997: 52–53). Die schärfste Methodenkritik kommt zwar von realistischer Seite (Layne 1994, 1995; Spiro 1994, 1995), doch bestätigen die liberalen Forscher mit der Präsentation von immer neuen modifizierten, auf die Defizite früherer eigener oder anderer Untersuchungen aus der Proponenten-*community* Bezug nehmenden Designs und Datensätze auch selbst, dass hier weiter Verbesserungsbedarf besteht.⁴ Layne (1994: 40) moniert, dass nur das ständige Herumbasteln an Definitionen und Kategorien den Forschern die Behauptung erlaube, Demokratien würden nicht gegeneinander kämpfen. Spiro (1994: 51, 55) sieht das Grundproblem der Forschung darin, dass viele der Studien über Demokratie und Krieg wenig mit den Theorien zu tun hätten, die sie zu bestätigen suchen, und dass die Forscher selektive Definitionen von Schlüsselvariablen verwendeten, damit die Datenanalyse die gewünschten Ergebnisse produziere.

Viele Studien bemühen sich in der Tat gar nicht um eine besondere Problematisierung des Demokratiebegriffs (Czempiel 1996: 87 kritisiert zu Recht, dass die Internationalen Beziehungen hier die in der internationalen Politikwissenschaft geführte Demokratiediskussion außer Acht lassen), sondern greifen auf eine Reihe mittlerweile in der Vergleichenden Systemforschung etablierter Demokratieskalen zurück (vgl. dazu Schmidt 2000: 389–423): die regelmäßig aktualisierten Daten und Indikatoren von *Freedom House* (1990ff.) und den *Polity II-* und *III-*Erhebungen von Jagers/Gurr (z.B. 1995). Um die Robustheit des Befundes zu testen und um zwischen normativen und strukturellen Erklärungsversuchen zu unterscheiden, splitten die meisten Studien zum „demokratischen Frieden“ in der Operationalisierung der Variablen Demokratie diese in realiter eher eng verkoppelte normative und institutionelle Indikatoren auf, wobei erstere *Freedom House* und letztere den *Polity*-Daten entnommen werden (z.B. Kegley/Hermann 1996; Maoz/Russett 1993; Russett 1993; vgl. auch Dixon 1994; Owen 1994; anders z.B. Starr 1997). Die Demokratieskalen haben eigene Defizite, die dann in die empirischen Studien hineinspielen: *Freedom House* misst anhand

von Prüffragen zu den Bereichen politische Rechte und Bürgerrechte den Freiheitsgrad eines politischen Systems, was im Ergebnis zu der Unterscheidung zwischen freien, halbfreien und unfreien Staaten führt. Hierbei tauchen zweierlei Probleme auf: Erstens beruhen die Einstufungen der Staaten durch *Freedom House* letztlich auf einem relativ intuitiven System der Beobachtung und Bewertung, es fehlt trotz weiterer Verbesserungen an eindeutigen Operationalisierungen der Begriffe und an Details über Summierung und Gewichtung der Beobachtungsergebnisse (Schmidt 2000: 412), und zweitens verleiten die Indikatoren zur Messung der politischen Rechte dazu, die Verfassung schon für Verfassungswirklichkeit zu halten – ein schwieriges Problem, dem allerdings auch andere bewährte Demokratieskalen nicht entkommen. Davon besonders betroffen sind auch die *Polity*-Daten, die nach „institutionalisierter Demokratie“ fragen, um die Staaten als Demokratien, Anokratien und Autokratien zu qualifizieren: gemessen werden hier die Wettbewerbsintensität und Regulierung politischer Partizipation, der Wettbewerbsgrad und die Offenheit des Prozesses der Rekrutierung von Amtsinhabern sowie die Begrenzung der Exekutivmacht. In ihrer je spezifischen Aneignung standardisierter Datensätze treffen die „demokratischen Friedens“-Forscher eine Reihe eigener Entscheidungen, z.B. ab wann ein Staat als *ausreichend* demokratisch gilt, da es hier keine klare Grenze gibt, nur ein „mehr“ oder „weniger“; oder was unter „fair, competitive elections“ zu verstehen ist u.a. (Ray 1997: 52–54). Diese Spielräume sind auch für die ausdauernden Kontroversen um die Bewertung zahlreicher historischer Konfliktfälle verantwortlich, bei denen dann umstritten bleibt, ob und ab wann z.B. das Großbritannien des 19. Jahrhunderts, Spanien oder das deutsche Kaiserreich als Demokratien eingestuft werden können (dazu Layne 1994; Elman 1997; Oren 1995; Owen 1997; Peceny 1997).

Allerdings können die Proponenten des „demokratischen Friedens“ diesen Mangel an einer verbindlichen Definition hinsichtlich ihrer positiven Kernthese sogar offensiv wenden: Maoz (1997: 179–180, 188) und Russett (1995: Fn. 9) haben darauf hingewiesen, dass der Vorwurf, laxe und/oder uneinheitliche Demokratiedefinitionen zu verwenden, um das gewünschte Resultat zu erhalten, ja geradezu eine

Bestätigung bedeute: Wenn dann Demokratien immer noch nicht gegeneinander Krieg führen, sei das doch sogar ein um so beeindruckenderes Ergebnis. Hinsichtlich der negativen Kernthese jedoch, Demokratien seien nicht generell friedfertiger, weist der entschiedene Befürworter Czempiel in seiner radikaldemokratischen Interpretation von Kant (1996: 84–89) auf die ungünstigen Konsequenzen der zu anspruchswidrigen Demokratiedefinitionen hin: Selbst die westlichen Demokratien seien zwar beachtlich, aber noch unzureichend demokratisch entwickelt, seien erst noch „kollektivierte Monarchien“, und erst wenn es in der Außenpolitik zu echter Mitbestimmung der Bürger komme, werde sich die generelle Friedfertigkeit der Demokratien zur Geltung bringen können. Die Kontroversen belegen, dass eine intensive Problematisierung und Verständigung über den einheitlichen und transparenten Gebrauch von Definitionen für die empirische Forschung wünschenswert wäre: „To be sure, different indicators can easily yield divergent impressions“ (Kegley/Hermann 1996: 319).⁵

Erhebliche Probleme bereitet auch die abhängige Variable Frieden bzw. Krieg: Für die Definition von Frieden gibt es unterschiedlichste Anforderungen und Abstufungen (Senghaas/Senghaas 1992; Meyers 1994), von bloßer Abwesenheit von Krieg über instabilen Frieden hin zum stabilen Frieden. Wie ist z.B. der „OECD-Frieden“ einzuschätzen – als stabiler Frieden oder als Mythos bzw. Illusion (so Layne 1994)? Die in den Studien zum „demokratischen Frieden“ gebräuchliche Definition von Krieg wiederum – Krieg ist ein zwischenstaatlicher Gewalteintritt, an dem reguläre Truppen mindestens zweier Staaten beteiligt sind, der von der Regierung angeordnet wurde und der mindestens tausend Tote unter den Streitkräften gefordert hat (vgl. Russett 1993: 16–23)⁶ – schließt all diejenigen zwischenstaatlichen Konflikte und militarisierten Dispute aus der Betrachtung aus, die weit unter dieser Zahl von Toten bleiben bzw. keine Todesopfer unter den Streitkräften fordern. Ebenso unbeachtet bleiben Kolonialkriege, imperialistische Kriege etc., in denen ein Beteiligter kein anerkannter Staat ist oder in denen keine reguläre Truppen kämpfen, weil ungeklärt ist, wie man Guerilla-Gruppen oder Befreiungsbewegungen sinnvoll in einer Codierung unterbringen soll; die von vielen benutzten Daten des *Correlates*

of War-Projekts (COW) (Small/Singer 1982) grenzen diese Kriege unter „extrasystemic wars“ aus. Steve Chan (1984) hat diese „extrasystemic wars“ einmal untersucht und eine relativ häufige Verwicklung von bzw. Initiierung durch Demokratien festgestellt. Chan und auch Cohen (1994) machen deutlich, dass man je nachdem, wie Konflikt oder Krieg gemessen wird, zu ganz unterschiedlichen Schlussfolgerungen auch hinsichtlich des relativen Pazifismus von Demokratien kommen muss. Diese schwerwiegende Kritik ist nicht folgenlos geblieben: wie unten noch zu erläutern ist, sind nunmehr die zu untersuchenden Variablen neben Krieg auch auf Interventionen, Rivalitäten, und insbesondere auf militarisierte Dispute ausgeweitet worden, die mittlerweile in der Forschung fest etabliert sind (Kegley/Hermann 1996, 1997; Hensel u.a. 2000; Russett u.a. 1998; Maoz 1997; Oneal/Ray 1997; Mousseau 2000). Ob sich hier ähnlich heftige Kontroversen wie um die anderen Definitionen entspinnen, scheint derzeit noch nicht absehbar.

Neben den Definitionen haben Layne und Spiro aber auch die Befunderhebung insgesamt in Frage gestellt (nicht überzeugt von Layne und Spiro wiederum ist Risse-Kappen 1994b: 368–370). Die heiklen Punkte sind hier die Erhebung von „Dyaden-Jahren“ und das „rare event“-Problem, die beide zusammen den „demokratischen Frieden“ in den Verdacht bringen, lediglich ein statistisches Artefakt zu sein. Die Kritik lautet hier, dass in einer erheblichen Anzahl der Studien alle möglichen Dyaden (jährlich gezählt) konstruiert würden zwischen Staaten, die nach geographischer Lage und Ressourcenausstattung kaum in der Lage wären (noch Grund hätten), Krieg gegeneinander zu führen, wie z.B. Namibia – Griechenland etc. Dies ergebe eine so hohe Anzahl von Dyadenjahren (z.B. im Jahre 1980 bei 156 Staaten 12090 mögliche Dyaden), dass gezählte Kriegsbeteiligungen von Demokratien ziemlich gering ausfallen *müssten*, da *insgesamt* kaum Krieg geführt wurde (Spiro 1994: 63–64). Noch mehr gelte dies für das 19. Jahrhundert, als es kaum Demokratien gab und, relativ gesehen, keine besondere Kriegshäufigkeit. Daraus ist Spiros Erwartung abzulesen, dass Kriege zwischen Demokratien eben wahrscheinlicher werden, wenn es ziemlich viele davon gibt, d.h.: erst in Zukunft kann und muss sich das „Gesetz“ bewähren.

Ähnlich argumentiert Layne (1994: 39–40), wenn er reklamiert, dass die empirischen Befunde zum Verhalten von Demokratien untereinander auf zu wenigen tatsächlichen Fällen beruhten bzw. unsinnige Dyaden betrachtet würden. In dieser Situation würden dann Ausnahmen um so wichtiger (weswegen er vier historische „Ausnahmefälle“ betrachtet, die er – nicht überraschend – mit realistischen Annahmen zutreffender erklärt sieht). Russett (1995) wiederum hat dieser Kritik entgegnet, dass die Forschung häufig nur noch „politisch relevante“ Dyaden betrachtet, die 12% aller möglichen Dyaden ausmachten; dabei handelt es sich um solche Staatenpaare, bei denen auf Grund von geographischer Nähe und/oder der Dichte von Interaktionen überhaupt eine Gelegenheit zur Kriegführung gegeneinander vermutet wird (Ward/Gleditsch 1998: 52). Diese Selektion von Paarbeziehungen wirft laut Spiro (1995) jedoch erneut Probleme auf, da dadurch aus dem Blick gerate, dass in den Weltkriegen und z.B. im Koreakrieg auch auf den ersten Blick „irrelevante“ Dyaden beteiligt sind. In einer ausführlichen Auseinandersetzung mit den methodischen Problemen der „demokratischen Friedens“-Forschung kommt der Befürworter Ray (1995) bei der Diskussion aller denkbaren „Ausnahmefälle“ zu dem Ergebnis, dass keiner der Fälle wirklich relevant sei, da entweder einer der Beteiligten (noch) keine Demokratie war oder der Konflikt zu geringfügig, um als Krieg zu gelten (1995: 103–125, 1997: 54). Die heftige Kontroverse um die Ausnahmefälle ist auf die generelle Forschungsproblematik des „rare event“ zurückzuführen: Internationale Kriege sind, *relativ gesehen*, seltene Ereignisse, wie Ray immer wieder betont (1995: 152, 203–204, 206),⁷ und daher sind bei so wenigen Fällen die möglichen Ausnahmen um so sorgfältiger zu analysieren – Urteile hängen hier also stark von der Wahl der Definitionen ab.

Die Proponenten sind hier jedoch insgesamt vorsichtiger geworden: Russett (1995) weist bezüglich der Ausnahmefälle darauf hin, dass die von den meisten Forschern vertretene These ja nur noch laute, dass Demokratien *fast* keine Kriege gegeneinander führen,⁸ Laynes vier besondere und umstrittene Fälle also auf suggestive Weise all die ungezählten Fälle komplett ausblende, „in which the dogs did not bark“ – was das Gesamtbild zu sehr verzerre. In

dieser defensiven Argumentation wird dann allerdings auch offenbar, dass die eingangs erwähnte Rede von einem „empirischen Gesetz“ der internationalen Beziehungen irreführend ist, da die Forschung nur *probabilistische* Aussagen treffen kann.

Abschließend ist festzuhalten, dass eine intensivere Reflexion von Definitionen ebenso wie eine wesentlich stärkere Verlagerung auf Fallstudien wünschenswert wäre; auch wenn das „rare event“-Problem durch die Ausbreitung des Herrschaftstyps Demokratie einerseits und durch die Erweiterung des Ereignisraumes auf Interventionen, Rivalitäten und militarisiertere Dispute andererseits in Zukunft abgemildert wird, dürften die quantitativen Studien auf Grund der Komplexität der Aggregatsebenen stets Angriffsflächen für Methodenkritik aufweisen.

III. Das Erklärungsproblem

Es existieren viele begründete Vermutungen über die Ursachen des Friedens zwischen Demokratien, liberale, realistische und auch neo-idealistische Ansätze können jeweils plausible Deutungen anbieten, die nicht einfach durch Regressionsanalysen zu widerlegen sind. Korrelationen konstituieren keine Kausalitäten. Und doch wird genau dies sehr häufig suggeriert, wird mit dem Terminus der „Erklärung“ in den Sozialwissenschaften insgesamt wenig zurückhaltend oder problematisiert umgegangen (kritisch Gates u.a. 1996; Henderson 1999: Fn. 4; vgl. auch Ray 1995: 131–157).

Hauptvertreter des „demokratischen Friedens“ räumen die Relevanz alternativer Erklärungen häufig auch ein, ziehen daraus aber keine radikalen Schlüsse bezüglich des Profils und der Grenzziehung ihres Forschungsprogramms. So testen z.B. Russett (1993) und Maoz/Russett (1992, 1993) neben Demokratie auch eine Reihe alternativer unabhängiger Variablen und kommen zu dem Ergebnis, dass alle konkurrierenden Erklärungen „solid support“ fänden, dass aber „nevertheless a strong, independent, and fairly robust role for joint democracy remains evident“ (Maoz/Russett 1993: 632; auch Ray 1997: 55–56). Auch Russett (1995: 166) konzediert in einer Kritik an Layne (1994) durchaus, dass in Laynes Fallstudien „power and strategic considerations were predominant“

– was für Layne (1995: 176) ein klares Indiz des Versagens darstellt: „While this admission reflects well on Professor Russett’s social scientific rigor, it also leaves him in a bind. He says that his concession does not give the game away. In fact, it ends the game decisively.“ Jen-seits der Polemik wird hier deutlich, dass der „demokratische Frieden“ neben weiteren Fallstudien, die angemessener als Regressionsanalysen zur Erforschung von Plausibilitäten beitragen, einen theoretischen Rahmen benötigt, der eine Synthesisierung unterschiedlicher Erklärungen ermöglicht.

Im Folgenden sollen strukturell-institutionalistische, normativ-kulturelle, konstruktivistische sowie auf den ersten Blick in Konkurrenz zu den vorgenannten stehende Erklärungsversuche (ökonomische/funktionalistische und systemische Erklärungen) erläutert werden. An dieser Stelle müssen auch die in den Studien verwendeten Unterscheidungen zwischen monadischer und dyadischer Analyseebene eingeführt werden (dazu z.B. Rousseau u.a. 1996: 512–517). Hypothesen, Erklärungsversuche und Voraussagen können in monadischen und dyadischen Versionen auftreten: monadisch heißt, dass nur die Herrschaftsform des Einzelstaats betrachtet wird, deren Merkmale unabhängig von jeweiligen Interaktionspartnern ein individuell konstantes Außenverhalten erwarten lässt, wie es zum Beispiel in der These zum Ausdruck kommt, dass Demokratien generell friedlicher seien. Dyadische Analyseebenen nehmen immer Interaktionsbeziehungen in den Blick, ein bestimmtes Außenverhalten ergibt sich also erst im Zusammenspiel mit einem anderen Staat, wie z.B. in der These, dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen. Eine dritte – die systemische – Analyseebene fokussieren einige konkurrierende Erklärungsansätze (Interdependenz, Allianzen, internationale Organisationen).

a) Strukturell-institutionalistische Erklärungsversuche

Unter diesen Erklärungsversuchen finden sich verschiedene Varianten, die wie folgt zusammengefasst werden können (dazu z.B. Russett 1993; Maoz/Russett 1993; Risse-Kappen 1994a; Rousseau et al. 1996; Bueno de Mesquita u.a. 1999):

— Partizipation und Kosten-Nutzen-Kalkül: In Anlehnung an den Ersten Definitivartikel von Kants Friedensschrift (1777/1795: wenn anstelle des Königs der Bürger über Krieg und Frieden zu entscheiden hätte, würde dieser sich sehr bedenken, ein „solch schlimmes Spiel anzufangen“, da er derjenige ist, der die Kosten des Krieges zu tragen hätte) geht diese These davon aus, dass – sofern die äußere Sicherheit gewährleistet ist – das bürgerliche Individuum kein Interesse an Kriegsabenteuern hat, sondern primär an der friedlichen Wohlstandsmehrung interessiert ist. Aggressive Außenpolitik und die Kosten des Krieges schaden den wohlfahrtsorientierten Interessen nur, weshalb die Bürger – außer im Verteidigungsfalle – sich gegen Krieg entscheiden werden, sofern sie an den Entscheidungsprozessen über Krieg oder Frieden auch beteiligt sind. Diese liberale Argumentation basiert auf der Annahme einer Pazifizierungswirkung marktförmiger Tauschprozesse, welche (nach Elias) allmählich individuelle Affektkontrolle und staatliches Gewaltmonopol hervorbringen und zu stabilen Gesellschaften mit langen Interdependenzketten führen. Dieser Erklärungsversuch ist jedoch nicht überzeugend, da die Kosten-Nutzen-Rechnung unter gewissen Umständen positiv ausfallen kann, wie Müller/Risse-Kappen (1990) und Czempiel (1996) zeigen: u.a. wenn die Kosten der Kriegsführung auf eine Minderheit abgewälzt werden können, z.B. durch Einsatz einer Berufarmee; wenn die Kosten insgesamt gering zu sein scheinen, da man sich einen kurzen, „unblutigen“ Krieg verspricht; wenn durch geschickte Medienmanipulation der Krieg als „notwendig“ dargestellt werden kann (*rally round the flag*). Der zweite Golfkrieg und der jüngste Kosovo-Krieg haben demonstriert, dass und wie in demokratischen Gesellschaften ein Krieg vor der eigenen Öffentlichkeit gerechtfertigt werden kann, solange – vor allem, aber nicht nur – die eigenen Opfer sich in Grenzen halten.

Grundsätzlich ist gegen den hier diskutierten, in Anlehnung an Kant ja die Partizipation der Bürger voraussetzenden, Erklärungsversuch einzuwenden, dass Außenpolitik (im Allgemeinen) kein besonders vergesellschaftetes Politikfeld ist, die Exekutive sogar oft über verfassungsmäßig abgesicherte Prärogativen verfügt und so bei ihren außenpolitischen Entscheidungen eine gewisse Autonomie besitzt. Die

These betrachtet die Regierung idealtypisch als Agentin gewaltabgeneigter Bürger, d.h. wenn sie wiedergewählt werden will, könne sie sich keine kriegerische Politik erlauben (u.a. Ray 1997: 60). Die Empirie zeigt unterdessen, dass vermeintlich begrenzte Gewalteinsetze wie Interventionen durchaus popularitätssteigernd wirken und von innerstaatlichen Krisen ablenken können (Rousseau u.a. 1996: 527). Zudem können wohlorganisierte Partikularinteressen Regierungen für ihr Interesse an gewaltsamer Expansion und Herrschaft instrumentalisieren und so den unterstellten Friedenswunsch als Vorbedingung ungestörten kapitalistischen Wirtschaftens des *homo oeconomicus* verzerren. Dieser Erklärungsversuch prognostiziert auf der monadischen Ebene eine inhärente Friedfertigkeit von Demokratien, kann jedoch den dyadischen Doppelbefund nicht deuten.

— Schwerfälligkeit und Komplexität demokratischer Institutionen: Diese These behauptet, dass die *winning coalitions* in Demokratien größer seien als in nichtdemokratischen Staaten. Staatliche Akteure in Demokratien sähen sich vielfältigen *checks and balances* gegenüber, die ihre Autonomie und ihre Fähigkeit der Ressourcenmobilisierung entscheidend begrenzen. Interessengruppen, öffentliche Meinung, Machtdiffusion durch föderale Strukturen etc. stellen strukturelle oder institutionelle Beschränkungen exekutiver Macht dar und sind ursächlich für die langsame Entscheidungsfindung in Demokratien. Während also nach dieser These die kleine Herrscherclique einer Diktatur ihre Truppen quasi im Handumdrehen in einen anderen Staat einfallen lassen kann, weil sie auf keinerlei Vetogruppen Rücksicht nehmen muss, wird in den schwerfälligen Demokratien noch diskutiert und verhandelt. Dieser *Zeitverlust* gegenüber Nichtdemokratien im Krisenfälle nötigt Demokratien zur entsprechenden Reaktion (wie schlimmstenfalls den Notstand ausrufen), um nicht den „schnelleren“ Nichtdemokratien unterlegen zu sein (vgl. Maoz/Russett 1993: 626). In Kriseninteraktionen mit anderen Demokratien wird dieser Umstand dagegen zum Vorteil; der *Zeitgewinn* eröffnet Möglichkeiten der friedlichen Konfliktbeilegung, z.B. unter Einschaltung Dritter (Dixon 1994).

Die Schwächen dieses Erklärungsversuchs sind evident: Schwerfällige Institutionen oder

die Beschränkung der Autonomie von Machtinhabern sind keine exklusiven Charakteristika von Demokratien, vielmehr muss hier zwischen „schwachen“ und „starken“ Staaten differenziert werden, wie z.B. das französische ein stark zentralisiertes Entscheidungssystem mit besonderen Prärogativen des Präsidenten in der Außenpolitik darstellt (Risse-Kappen 1994b: 374). Auch „schwache“ Staaten können jedoch mit Hilfe geeigneter Manipulationen eine vorübergehende, unerwartet effektive Ressourcensmobilisierung organisieren (z.B. die USA in gewissen Phasen des Kalten Krieges). Ein anderer Einwand ist ein empirisch nicht feststellbares höheres Kriegsaufkommen zwischen Nichtdemokratien, das nach diesem Argument zu erwarten wäre. Nichtdemokratische Herrscher sehen sich sogar einem sehr spezifischen, systemeigenen Dilemma gegenüber, wie Gowa (1995: 518) betont: Sie dürfen im Grunde gar kein allzu starkes Militär, das andere Staaten erfolgreich besetzen könnte, unterhalten, da sie selbst intern gleichzeitig auch immer der Gefahr eines Putschversuchs durch ebendieses starke Militär ausgesetzt wären; andererseits würde ein zu schwaches Militär Rivalenstaaten geradezu einladen, sie zu überfallen. Dieses Dilemma könnte eher ein wechselseitiges Interesse von Nichtdemokratien an Kriegsvermeidung begründen.

Den für den „demokratischen Frieden“ irritierenden Befund, dass Demokratien relativ häufig Initiatoren von Kriegen und anderen Gewaltakten sind (Gartzke 1998: 3–4), versucht Siverson (1995) in einer Verteidigung des strukturell-institutionellen Erklärungsversuchs mit der generell größeren Optionsvielfalt eines Initiators zu begründen (ähnlich auch Russett 1993: 38–40): Zum „institutional constraint“ zählt Siverson auch die Situation, vor die sich demokratische Führer gestellt sehen, wenn es um die Entscheidung über Krieg oder Frieden geht. Müssen die Verantwortlichen nun entscheiden, ob sie sich eher von einer Nichtdemokratie angreifen lassen oder vorher besser selbst einen Krieg initiieren sollen, dürfte die Entscheidung für letztere Option fallen, da die Kosten eines demokratischen Initiators weit geringer als die einer demokratischen Zielscheibe seien, als die man nur noch reagieren bzw. kapitulieren könne. M.a.W., die Wahlmöglichkeiten eines Initiators seien größer, was

zum entscheidenden Kalkül auch für eine Demokratie werde.

Eine integrierende, spieltheoretisch basierte institutionelle Erklärung für diverse empirische Teilbefunde rund um den „demokratischen Frieden“ versuchen Bueno de Mesquita u.a. (1999). Ihre Ausgangsprämisse ist, dass sowohl Führer von Demokratien als auch von Nichtdemokratien als rein eigeninteressierte Akteure zu betrachten sind, die all ihre Anstrengungen darauf richten, im Amt zu bleiben. Während nichtdemokratische Führer aber weniger Ressourcen aufwenden müssen, um ihren kleineren Kreis von Unterstützern zufriedenzustellen, müssen demokratische Führer großen *winning coalitions* materielle Belohnung in Aussicht stellen. In einer internationalen Krise werden demokratische Führer dann einen Krieg initiieren, wenn sie einen sicheren Sieg erwarten. Dieser wiederum wird dadurch höchst wahrscheinlich, dass demokratische Führer in Sorge um ihre Amtsinhaberschaft viel mehr Ressourcen für den Krieg mobilisieren werden als nichtdemokratische Führer, die auch bei Verlieren des Krieges immer noch genug Ressourcen aufbringen könnten, um ihre kleine *winning coalition* bei der Stange zu halten. Die Autoren schreiben Demokraten keine „superior motives or greater civic mindedness“ zu (1999: 805), halten demnach auch expansionistische Kriege von Demokratien für möglich (1999: 801) und erklären den Frieden zwischen Demokratien einfach nur zum Rechenpiel: Weil Demokraten voneinander wissen, dass sie all ihre Ressourcen aufwenden würden, um unbedingt zu gewinnen, treten sie nicht in einen Krieg gegeneinander, weil der Sieger dort nicht von vornherein feststünde (1999: 799, 801–802). Neben vielen prekären Prämissen des Modells ist sehr fraglich, ob Sieger und Verlierer immer so einfach zu kalkulieren sind, ob verlorene Kriege nicht auch autokratische Führer innenpolitisch erheblich gefährden, ob Kriegsverbündete im Einzelnen immer so viele Ressourcen aufwenden müssen und ob es nach diesem Modell nicht viel mehr internationale Kriege geben müsste (Bürgerkriege aber doch dominieren). Die Einwände zeigen, dass institutionalistische Argumentationen für sich allein genommen zu viele Schwächen aufweisen, um plausibel zu sein. In vielen Studien werden sie zwar zu analytischen und heuristischen

Zwecken von normativen Argumentationen getrennt aufgeführt und auch getestet, dann aber – mit Ausnahme von rational-choice-Ansätzen wie Bueno de Mesquita u.a. (1999) – doch wieder beide zusammen als kausal vorgestellt (z.B. Russett 1993: 119; Kegley/Hermann 1996; Hensel u.a. 2000).

b) Normativ-kulturelle Erklärungsversuche

Dieser in nahezu allen Studien vorzufindende Argumentationsgang basiert auf der Annahme, dass sich Demokratien vor allem durch die friedliche Lösung von innergesellschaftlichen Konflikten auszeichnen, durch einen Grundkonsens, der auch in Krisensituationen dafür Sorge, dass die demokratischen Normen wie Achtung der Gesetze, faire Partizipation der Einzelnen, Achtung der Minderheiten etc. nicht verletzt werden. Kompromiss, Opposition, friedliche Machtwechsel sind Bestandteile solchermaßen normativ integrierter Wertesysteme, die in der politischen Kultur und den Institutionen eines Staates verankert sind (z.B. Risse-Kappen 1994a: 171–172). Gewaltarmut und friedliche Konfliktregelung, so der Analogieschluss, würden dann auch in den Interaktionen mit anderen Staaten externalisiert. Die Abwesenheit von Kriegen zwischen Demokratien kann damit plausibel gemacht werden, warum es jedoch auch zu Interventionen, militarisierten Disputen⁹ und Rivalitäten¹⁰ zwischen Demokratien kommt, bedarf weiterer Erläuterung (vgl. Nielebock 1993; Kegley/Hermann 1996, 1997). Eine für den „demokratischen Frieden“ günstige Interpretation ist, dass in solchen zum Teil historischen Fällen einer der Staaten doch noch keine Demokratie war, oder aber, dass es sich um junge, instabile Demokratien handelt, in denen die demokratischen Normen friedlicher Konfliktbeilegung noch nicht tief genug in der politischen Kultur verankert sind (so z.B. Hensel u.a. 2000: 1187).

Die Externalisierung von demokratischen Normen erfolgt in Interaktionsbeziehungen zwischen Demokratie-Nichtdemokratie offensichtlich nicht konstant, so dass hier eine Zusatzannahme gemacht werden muss (Rousseau 1996: 514): Auch nichtdemokratische Staaten externalisieren ihre Normen auf internationaler Ebene, in der Konfrontation von nichtdemo-

kratischen und demokratischen Normen im anarchischen internationalen System fürchten demokratische Führer die Ausbeutung ihrer auf Mäßigung angelegten Normen und passen sich dem aggressiven Verhalten des anderen Regimetyps an (vgl. Russett 1993: 30–38; Maoz/Russett 1993: 625). Gegen diese Argumentation ist kritisch einzuwenden, dass erstens das internationale System nicht mehr völlig anarchisch, sondern vielfach durch internationale Organisationen und Regime strukturiert ist; zweitens ist nicht plausibel, warum demokratische Normen für einseitige Ausbeutung anfällig machen sollten, da ja internationale Verhandlungen auf der Basis strikter Reziprozität schließlich auch Demokratien ein *tit for tat* erlauben.

Studien, die die hervorgehobene Bedeutung von Normen für den „demokratischen Frieden“ nachzuweisen versuchen, sind z.B. Russett (1993) und Maoz/Russett (1993). Sie versuchen, anhand von drei Indikatoren – der Stabilität des politischen Systems über die Zeit, der Anzahl der Toten auf Grund innerstaatlicher Unruhen und des Ausmaßes innenpolitischer Konflikte – den normativen Erklärungsversuch zu testen. Dabei korreliert die Stabilität am stärksten mit dem „demokratischen Frieden“. Gerade dieser Indikator aber ist wiederum ein Zusammenspiel von normativen und institutionellen Faktoren und zudem eine etwas unscharfe Kategorie. Normative Erklärungsversuche bilden trotz oben genannter Schwächen das Fundament für konstruktivistische Argumentationsgänge, die den Doppelbefund ohne Zusatzannahmen deuten können.

c) Sozial-konstruktivistische Erklärungsversuche

Sozial-konstruktivistische Überlegungen zum „demokratischen Frieden“, die auf die Analyse von Entstehung und Wandel von Wahrnehmungen, Identitäten, Kommunikationsprozessen und Normen zur besseren Erklärung des nur selektiv friedlichen Außenverhaltens von Demokratien verweisen, finden sich mittlerweile in großer Zahl (Russett 1993: 129–131; Risse-Kappen 1994a, 1994b, 1995; Owen 1994, 1997; Hermann/Kegley 1995; Oren 1995; Peceny 1997; Starr 1997; Weart 1998: 99–101). Die grundlegenden Argumentationen

zum Doppelbefund sind folgende: Demokratien führen gegeneinander keine Kriege, weil sie sich gegenseitig als solche wahrnehmen und vom Interaktionspartner dieselbe Zügelung durch institutionelle Beschränkungen und Normen erwarten. Konflikte können auf Grund dieser Erwartungsverlässlichkeit dann friedlich beigelegt werden: Man hat über die Zeit hinweg durch Beobachtung des anderen die Regel gelernt, dass die andere Demokratie sich ganz ähnlich verhält und dies auch nach außen hin tun wird. Andererseits haben Demokratien auch die Regel gelernt, dass Nichtdemokratien sich nicht an diese Normen gebunden fühlen, da schon innerstaatlich in diesen Systemen ein großes Gewaltpotenzial geborgen ist, Konflikte dort vorzugsweise mit Gewalt „gelöst“ werden. Demokratische Systeme vermögen kraft ihrer Transparenz Vertrauen zu erwecken bei dem Beobachtenden, da interne Vorgänge leicht nachzuverfolgen sind; nichtdemokratische Systeme dagegen sind opak und fördern dadurch das Misstrauen der sie Beobachtenden. Demokratien „lernen“ dann, dass man sich in Interaktionen mit jenen auf Überraschung und Aggression einstellen muss. Durch den hohen Vertrauensvorsprung zwischen stabilen Demokratien kann das „Sicherheitsdilemma“ zwischen ihnen abgebaut werden (Brock 1999: 219). Im Laufe dieser Annäherungsprozesse bildet sich zur Selbstvergewisserung der Demokratien in Abgrenzung zu nichtdemokratischen Staaten eine kollektive Identität heraus, man „erkennt“ seinesgleichen, konstruiert Freund- und Feindbilder, bildet eine „in-group“ (Hermann/Kegley 1995: 516–518) und schließt sich auf Grund der Interessenkonvergenzen und gemeinsamen Identität in Sicherheitsgemeinschaften oder anderen Bündnissen/Organisationen zusammen (z.B. Starr 1997).

Fallanalysen von innenpolitischen Diskursen, Bedrohungskonstruktionen, Lern- und Wertewandelprozessen können wichtige Einsichten über die Plausibilität von Kausalitätsannahmen des „demokratischen Friedens“ generieren, die in den quantitativen Studien vernachlässigt werden (vgl. Risse-Kappen 1995: 509–511). Einige Studien betonen bezüglich der Kontroversen um die oben erwähnten Ausnahmefälle, dass bei der Beurteilung von kritischen Fällen nicht eine kontextübergreifende quasi-objektive Definition von Demokratie zu-

grunde gelegt werden darf, sondern die Wahrnehmung eines Staates zu einer bestimmten Zeit durch einen oder mehrere andere Staaten als demokratisch oder nicht rekonstruiert werden muss (Owen 1997: 12–15; Weart 1998: 20; Oren 1995). Owen (1994, 1997) befragt in 12 historischen Fällen die beteiligten Staaten nicht auf ihre formale Verfassung hin, sondern untersucht, wie liberale Eliten und auch die Öffentlichkeit eines Staates zu der jeweiligen Zeit den Gegner wahrgenommen haben. Owen geht davon aus, dass zwei Staaten, die sich wechselseitig als Liberale wahrnehmen, keinen Krieg gegeneinander führen. Als Erklärung führt er die üblichen normativen und institutionellen Argumentationen an. Er will zeigen, dass z.B. im Krieg 1812 die USA Großbritannien nicht als Demokratie angesehen hätten, weil es eine Monarchie war; 1861 im amerikanischen Bürgerkrieg der Norden den Süden nicht, weil dieser die Sklaverei betrieb; in der Ruhr-Krise 1923 die Franzosen die Deutschen insgesamt nicht als Demokraten. Es wird jedoch nicht klar, wie die Kausalitätspfade durch die Wahrnehmungskategorie genau beeinflusst werden: Werden letztlich auch Fehlwahrnehmungen, Vorurteile, Rationalisierungen durch interessierte Eliten als noch kompatibel mit den unterstellten Kausalitätszusammenhängen des „demokratischen Frieden“ angesehen (vgl. dazu auch Oren 1995)? Um in solchen Forschungsfragen Fortschritte zu erzielen, braucht man laut Maoz die Theorie des „demokratischen Friedens“ aber nicht als Strohmännchen aufzubauen: Politisch-psychologische Ansätze, die Orientierungen und Wahrnehmungen politischer Führer untersuchen, „could complement, refine, and even delimit the more aggregate evidence democratic peace scholars suggest“ (Maoz 1997: 193). Zwar lässt die Literatur über die Rolle von Wahrnehmungen in den internationalen Beziehungen keine abschließenden Urteile zu, doch gibt es Hinweise, dass in vielen Fällen Demokratien genauso unter Fehlwahrnehmungsproblemen leiden wie Nichtdemokratien (Henderson 1999: 209). Peceny (1997) konstruktivistische Interpretation des spanisch-amerikanischen Krieges von 1898 geht davon aus, dass gemäß den Standards des 19. Jahrhunderts dies zwar durchaus als ein Krieg zwischen Demokratien gewertet werden könne, dass sich die USA und Spanien jedoch nicht als Teile einer moralischen Kooperations-

gemeinschaft betrachtet hätten. Der Krieg habe als Kreuzzug zur Befreiung kubanischer „Freiheitskämpfer“ von spanischer Tyrannei in den USA überwältigende Unterstützung gefunden, und die Wahrnehmung Spaniens als illiberal sei entscheidend für die Legitimation dieses Krieges gewesen, der mit dem Ziel der Vermehrung von Macht und Reichtum der USA geführt worden sei. Peceny will mit seiner Studie den „demokratischen Frieden“ nicht in Frage stellen, sondern diesen umstrittenen Fall mit Annahmen des strukturellen Idealismus und des Gramscischen Hegemoniekonzepts plausibel erklären. Die wichtigsten Faktoren zur Deutung des spanisch-amerikanischen Konflikts sind für Peceny die Existenz oder Nichtexistenz einer Wertegemeinschaft und die Fähigkeit mächtiger Staaten, binnenpolitisch und international Überzeugungen zu verbreiten, die die Verfolgung ihrer nationalen Interessen erleichtern (1997: 416).

Der Faktor Gemeinschaft spielt auch in dem Ansatz von Starr (1997) die entscheidende Rolle. Starr betrachtet den „demokratischen Frieden“ quasi als Teilmenge von größeren Integrationsprozessen bzw. Resultat von Integration und kann dadurch relativ einfach auch konkurrierende Variablen gleichzeitig berücksichtigen. Er greift die beiden Integrationsansätze von Karl W. Deutsch und Ernst B. Haas auf, die in etwa den institutionellen und normativen Erklärungsversuchen entsprechen. Deutsch sieht am Ende eines Integrationsprozesses die „Sicherheitsgemeinschaft“ stehen, die vor allem durch den „Gemeinschaftssinn“ charakterisiert ist, d.h. den Glauben, dass Konflikte friedlich beigelegt werden können und müssen. Dabei helfen gemeinsame Institutionen und Praktiken, die diese Erwartung stützen. Beide Ansätze betonen die Bedeutung des Lernens und der Entwicklung von Normen der Kooperation und des Gemeinschaftssinns, des gegenseitigen Nutzens und der positiven Wirkung von Interdependenz (Starr 1997: 155). Entscheidend für eine solche Entwicklung ist die gegenseitige Wahrnehmung als Demokratien, was durch die Transparenz des Systems ermöglicht wird. Von der für alle Beobachter leicht möglichen Informationsbeschaffung hängt es dann ab, inwieweit es Eliten noch gelingen kann, ein Feindbild gegen einen anderen Staat aufzubauen. Wenn zwei Staaten demokratisch verfasst sind, ist es wahrscheinlich,

dass sie ein weites Feld an Transaktionen teilen und Intensität und Qualität derselben über die Zeit hoch genug wird, um der einen Gesellschaft ausreichend viel Wissen über die andere Gesellschaft zu vermitteln. Starr kann militarisierter Dispute zwischen Demokratien nun einfach dadurch erklären, dass diese Demokratien als ungenügend integriert qualifiziert werden. Die zahlreichen *covert actions* zwischen Demokratien sieht er wiederum als klassischen Beleg für die These des „demokratischen Friedens“: Diese Aktionen seien ja gerade darum verdeckt, weil die Eliten wüssten, dass die Öffentlichkeit und die Mehrheit der Bürger sie nicht billigen würden, weil sie „inherently *anti-democratic*“ seien (Starr 1997: 158, Herv. i.O.). Solche Aktionen haben nach Starr keinen politischen Nutzen; zu ihrer Erklärung müsse man sich individuelle Dispositionen von verantwortlichen Entscheidungsträgern betrachten.

In konstruktivistisch angeleiteten Studien liegt sicherlich noch ein großes Potenzial zur weiteren Erforschung des Doppelbefunds. Allerdings sollte dies nicht zur Vernachlässigung anderer Wirkungsfaktoren in der internationalen Politik führen, da mit konstruktivistischen Ansätzen die Eingriffe der USA in Lateinamerika oder von Frankreich, Großbritannien und der Niederlande in ihre Ex-Kolonien zum Beispiel nicht zu erklären sind. Solche Eingriffe können kaum durch ein Bedrohtheitsgefühl motiviert sein (kritisch dazu Deibel 1995: 75). Wenn Demokratien durch intern institutionell angelegte Zügel, aber vor allem auf Grund normativer Überzeugungen, zu externer Beißhemmung neigen sollen, müsste man doch annehmen, dass nur eine starke Bedrohung von außen diese Faktoren außer Kraft setzen könnte. Der empirische Befund, dass die meisten Militäraktionen von Demokratien in den letzten fünfzig Jahren gegen Staaten mit unterlegenen militärischen, ökonomischen und politischen Kapazitäten gerichtet waren (Gartzke 1998: 4), deutet auf die Relevanz alternativer Erklärungen hin.

d) Alternative Erklärungsversuche

Bei alternativen Erklärungsansätzen wird nicht immer klar, ob sie in Konkurrenz zum „demokratischen Frieden“ stehen oder zu seiner Weiterentwicklung dienen, da sie zum Teil von

Proponenten selbst vorgebracht werden (z.B. Maoz/Russett 1992; Oneal u.a. 1996). Die Grenzen der „demokratischen Friedens“-Theorie selbst sind umstritten (Kegley/Hermann 1997: 103), und wie Maoz (1997: 192–194) unterstreicht, stehen liberale und realistische Vorstellungen durchaus in Ergänzung zueinander und sollten nicht als sich gegenseitig ausschließend stilisiert werden: Ein besonders erstaunliches und vor allem bisher wenig beachtetes Nebenprodukt des „demokratischen Friedens“-Forschungsprogramms sei, dass es mehr empirische Unterstützung für monadische und dyadische Hypothesen, die realistischen Konzeptionen internationaler Politik entstammen, hervorgebracht habe als jedes andere Forschungsprogramm, einschließlich streng-realistischer Forschungsprogramme selber: „In fact, democratic peace literature adds credence to realist perspectives rather than detracts from them“ (Maoz 1997: 193).¹¹ Dies macht es dann zum Teil schwierig, die folgenden Erklärungsversuche eindeutig als ergänzend oder konkurrierend einzuordnen und somit ein klares Profil des Forschungsprogramms zu bestimmen.

Alternative Erklärungsansätze, die vor allem plausible Deutungen für den „OECD-Frieden“ parat halten, verweisen auf die entscheidende Bedeutung der Blockkonfrontation im Kalten Krieg. Diese habe zu Interessenkonvergenzen nicht zuletzt wirtschaftlicher Art und zu Bildungen von Allianzen und Sicherheitsregimen geführt, unter dem nuklearen Schirm des westlichen Hegemons USA hätten Demokratien dann weltweit Frieden gehalten (Farber/Gowa 1995, 1997; Gowa 1995, 1999; Gartzke 1998; vgl. auch Cohen 1994; aus neo-idealistischer Perspektive mit der Betonung auf Sicherheitsregimen: Henderson 1999).

Den älteren historischen Frieden zwischen Demokratien könnte man einerseits ebenso mit dem klassischen Hegemon-Argument zu erklären versuchen, andererseits mit der Tatsache, dass es nur sehr wenige Demokratien gab, die dazu auch meist keine Nachbarn waren; zu Zeiten noch nicht weit entwickelter Militärtechnik war es riskant, Krieg gegen geographisch entfernte Staaten zu führen. Die Triftigkeit der Argumente zum Hegemonialfrieden und der geographischen Entfernung konnte sich erst in jüngerer Gegenwart erweisen: Erstens hätte nach Zusammenbruch der bipola-

ren Weltordnung die Zahl der internationalen Kriege signifikant zunehmen müssen, was nicht geschehen ist; zweitens ist das Argument von der geographischen Entfernung seit dem Zweiten Weltkrieg widerlegt, da es zum einen eine höhere Anzahl benachbarter demokratischer Staaten gibt, die dennoch nicht ständig in militärisch ausgetragene Streitereien verwickelt sind, und es zum anderen durch die Existenz von ABC-Waffen technisch möglich geworden ist, Grenzen sehr schnell und leicht zu überschreiten.

Dass Demokratien jedoch offensichtlich starke Interessenkonvergenzen und damit möglicherweise wenig Anlass zu kriegerischen Auseinandersetzungen untereinander haben – eine Erklärung, die z.B. Gartzke (1998) für den Frieden zwischen Demokratien in Anschlag bringt –, zeigt sich in ihrer sehr häufigen Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, Regimen und auch Allianzen (Russett u.a. 1998; Siverson/Emmons 1991). Interessenkonvergenzen können nun allerdings aus einem Gemisch unterschiedlichster Faktoren bestehen, wie ökonomische Interessen, Sicherheitsinteressen, Suche nach „Wertepartnern“ etc., so dass hieraus keine eindeutigen Wirkungszusammenhänge zu folgern sind: es ist unklar, ob Demokratien sich dieser Vergemeinschaftung aussetzen, *weil sie Demokratien sind*. Die Studie von Russett u.a. (1998) ist in einer ähnlichen Hinsicht ein Beispiel für diese Problematik. Sie argumentieren, dass die vielfache Mitgliedschaft von Staaten in internationalen Organisationen zu einer Abnahme von militarisierten Disputen zwischen diesen Staaten führt, aber sie können nicht zeigen, ob dieses Ereignis, wie unterstellt, auf das Merkmal „Mitgliedschaft“ oder nicht doch auf ökonomische Verflechtung oder Demokratie oder Sicherheitsinteresse zurückzuführen ist.

Das Argument, dass Allianzen für Frieden sorgen, ist mehrfach untersucht worden, ohne dass man dabei zu eindeutigen Schlussfolgerungen gelangt wäre (z.B. Ray 1990; Siverson/Emmons 1991; Bremer 1992). Auch bei diesem Erklärungsversuch sind die Wirkungszusammenhänge nicht eindeutig (vgl. Russett 1993: 27): Sind Staaten Bündnispartner, weil sie einen gemeinsamen Feind fürchten, so dass sie deswegen nicht gegeneinander kämpfen, oder bekämpfen sich Staaten nicht gegeneinander, schlicht weil sie Alliierte sind? Eine weitere

offene Frage ist dann, ob sie sich verbündet haben aus dem Bestreben heraus, demokratische Institutionen zu schützen – dann wäre die unabhängige Variable erneut „Demokratie“ und nicht „Allianz“.

Weitere alternative Erklärungsversuche befassen sich mit den friedensfördernden Wirkungen von Handel und Interdependenz. Unter den ökonomischen Erklärungen gibt es verschiedene Varianten, gemeinsam ist ihnen aber die Überlegung, dass Gewinninteressen auf die Erhaltung des Tauschpartners angewiesen sind. Ökonomische Erklärungsversuche zum zwischenstaatlichen Frieden, der zunächst unabhängig von der Herrschaftsform gedacht werden kann, finden sich bei Liberalen und Neofunktionalisten (zum Folgenden siehe als Überblick Czempiel 1986: 144–172; Barbieri 1996; O Neal u.a. 1996). Letztere argumentieren, dass durch Handel auch Kooperation in anderen Politikfeldern gefördert wird (*spillover*), und zwar indem die Kommunikation erhöht und Missverständnisse reduziert werden und sich kulturelle und institutionelle Mechanismen herausbilden, die im Konfliktfalle zur Vermittlung beitragen. Die Anerkennung gegenseitigen Nutzens durch Kooperation fördert den Frieden, je weiter nationale Interessen konvergieren (was auch immer das heißen mag) – dies um so mehr, je weitgehender dies durch Institutionen verregelt wird. Eine andere Variante lautet, dass ökonomische Interdependenz kriegsverhindernd wirkt, weil die verflochtenen Staaten Wohlfahrtsverluste befürchten müssen, wenn sie gegeneinander Krieg führen (Nutzen-Kalkül, wobei internationale Konzerne und andere transnationale Akteure eine wichtige pazifizierende Rolle spielen können). Eine weitere Variante ökonomischer Erklärungen basiert auf dem Argument, der „demokratische Frieden“ sei dadurch möglich geworden, dass viele Demokratien seit Ende des Zweiten Weltkrieges in etwa kontinuierliches Wachstum erlebt hätten, so dass sie Kriege nicht zur Ablenkung von inneren Spannungen ‚brauchten‘. Im Umkehrschluss hätten dann jedoch in Rezessionsphasen oder in dauerhaft wachstumsarmen Regionen, wie lange Zeit Südamerika, ständig Kriege ausbrechen müssen, was nicht der Fall war. Aber selbst dort, wo ein empirischer Zusammenhang gesehen werden könnte, bleibt das Henne-Ei-Problem: So könnten die schwachen ökonomischen Bin-

dungen zur Zeit der Großen Depression die politischen Spannungen erklären, die zum Zweiten Weltkrieg führten, andererseits aber entwickelten sich nach 1945 friedliche Beziehungen lange bevor in den 70er Jahren ein hohes Niveau an Interdependenz erreicht worden war. Der Forschung ist nach wie vor nicht klar, ob „die Wirtschaft der Politik folgt“ oder umgekehrt. Die Bedingungen der Wirkungen von ökonomischer Interdependenz müssen erst noch weiter untersucht und spezifiziert werden (vgl. Russett 1993: 28; Barbieri 1996: 44).

Als Beispiele solch kontroverser Auffassungen seien die Studien von O Neal u.a. (1996) und Barbieri (1996) genannt. Beide versuchen, die Variable „ökonomische Interdependenz“ gegen andere konkurrierende Variablen zu testen, O Neal u.a. für die Zeit 1950–1985, Barbieri für 1870–1938. O Neal u.a. schätzen diese Variable in ihrem Ergebnis als „sehr wichtig“ für den Frieden ein, der aber wohlgemerkt nicht „demokratisch“ sein muss (1996: 23). Zwar seien weitere Studien über die genauen Bedingungen dieser positiven Wirkung notwendig, z.B. auch eine Umkehr der Variablen sinnvoll, doch erscheine dauerhafter Frieden so auch mit Nichtdemokratien möglich. Barbieri dagegen findet in ihrer Studie heraus, dass ausgedehnte Wirtschaftsbeziehungen zwischen zwei Staaten die Wahrscheinlichkeit militarisierter Dispute (nicht: Kriege) erhöht hätten. Zu ähnlichen Beobachtungen kommt sie anschließend auch in ihrer vorläufigen Untersuchung der Zeit nach 1945.

IV. Ausblick: Mehr Demokratien gleich mehr Frieden?

Im letzten Abschnitt sind vielfältige und komplexe Erklärungsversuche für den „demokratischen Frieden“ vorgestellt worden, die schon jeweils für sich genommen viele Fragen aufwerfen; die Ursachen des Doppelbefundes sind schwierig auszumachen. Trotz erheblicher Forschungsanstrengungen kann man kaum davon sprechen, dass das Konfliktverhalten von Demokratien geklärt und auch vorauszusagen sei. Proponenten räumen selbst ein, dass zu viele Probleme ungelöst und die Herausforderungen für das Forschungsprogramm keineswegs geringer geworden sind, da nach wie vor sehr disparate empirische Befunde in einen Theorierah-

men integriert werden müssen (Maoz 1997: 192–194). Die Grenzen eines ursprünglich „liberalen“ Forschungsprogramms werden durch Studien, die immer weitere alternative Erklärungen aufnehmen, nach außen geschoben. Andererseits produzieren auch neuere Studien immer wieder empirische Unterstützung für die Vermutung, dass Demokratien auch in „gemischten“ Interaktionsbeziehungen konflikt-dämpfende Wirkungen entfalten: Studien zu Rivalitäten, militarisierten Disputen, Interventionen liefern Hinweise, dass Dyaden, in denen ein Staat demokratisch ist, über die Zeit weit friedlicher bleiben als nichtdemokratische Staatenpaare (Hensel u.a. 2000; Thompson/Tucker 1997; Kegley/Hermann 1996; vgl. Bremer 1992). Das zeigt sich besonders in Dyaden, in denen in einem betrachteten Zeitraum ein Regimewechsel hin zur Demokratie stattgefunden hat: die Konfliktneigung innerhalb dieser Staatenbeziehung nahm über die Zeit ab (Hensel u.a. 2000). Solche empirischen Befunde verstehen einige als tendenzielle Bestätigung der monadischen These, dass Demokratien doch inhärent friedlicher seien, und schließen sich damit der einstmals eher isolierten Position R. J. Rummels an (Benoit 1996; Ray 1997; Oneal/Ray 1997; Siverson 1995; Maoz 1997). Man weiß hier jedoch noch viel zu wenig über die Wirkungszusammenhänge.

Ein wichtiger, noch wenig erforschter Bereich des „demokratischen Friedens“ betrifft auch die Untersuchung der Konfliktneigung von jungen Demokratien. Erkenntnisse aus diesem Bereich sind auch für die Strategien gegenwärtiger westlicher Außenpolitik bedeutsam. Die bisherigen Befunde hierzu sind umstritten: Mansfield/Snyder (1995) verweisen auf die Gefahr einer erhöhten Kriegsneigung junger Demokratien in der Transitionsphase, in der neue Eliten ihre fragile innerstaatliche Position durch Appelle an Nationalismus und aggressives Außenverhalten zu festigen versuchen. Enterline (1996), Thompson/Tucker (1997) und Ward/Gleditsch (1998) kritisieren dagegen Definitionen, Methodik und Auswahl der Datensätze von Mansfield/Snyder und kommen ihrerseits zu günstigeren Ergebnissen. Ray (1997: 61) macht plausibel, dass Transitionen zur Demokratie nur in bestimmten Umgebungen gefährlich sind, nämlich wenn der betreffende Staat von autokratischen Staaten umgeben ist oder zu solchen wichtige Be-

ziehungen unterhält. In solchen Fällen wird die „politische Distanz“ zwischen zwei Staaten zu einem wichtigen Bestimmungsfaktor für die Konfliktneigung einer Dyade (Oneal/Ray 1997). Mansfield/Snyders Befund ist entgegen ihren Intentionen nicht unbedingt eine Widerlegung des „demokratischen Friedens“, da Proponenten schon betont haben, dass erst in stabilen Demokratien die vielzitierten institutionellen und normativen Erklärungsfaktoren zum Tragen kommen können. Dennoch stellen die Thesen von Mansfield/Snyder den vorsichtigen Optimismus in Frage, den die Rede vom „demokratischen Frieden“ erzeugen kann, da weltweite, vom Westen nachdrücklich geförderte Demokratisierungsprozesse die Kriegshäufigkeit sogar wieder erhöhen könnten. Weil insgesamt zu viele Wirkungszusammenhänge unklar sind, sind auch Prognosen über den möglichen Zustand einer Welt mit immer mehr Demokratien riskant. Kants „Ewiger Frieden“ dürfte aber gemäß dem Untertitel seiner Schrift vorläufig ein philosophischer Entwurf bleiben.

Anmerkungen:

- 1 Ich danke den anonymen Gutachtern für ihre hilfreichen Kommentare.
- 2 Dazu Czempiel (1986: 116–143), Wood (1996); eine lange Reihe von Denkern der Ideengeschichte zu diesem Thema bei Gates u.a. (1996: 6–7, Fn. 15).
- 3 Als Überblicksliteratur über den „demokratischen Frieden“: Russett (1993), Ray (1995, 1997), Weart (1998), Risse-Kappen (1994a, 1995), Chan (1997), Elman (1997a, 1999) und den von Brown u.a. (1996) editierten *International Security*-Reader mit Beiträgen von einigen Hauptprotagonisten der Debatte. Die einschlägigen Thesen werden jedoch in nahezu jeder Studie kurz wiederholt.
- 4 Die Methodenkritik wird am ausführlichsten behandelt von Gates u.a. (1996), Layne (1994, 1995), Ray (1995), Russett (1995) und Spiro (1994, 1995); ansonsten werden einzelne Kritikpunkte meist mit dem eigenen verbesserten Design aufgenommen (stellvertretend für viele Rousseau u.a. 1996, Oneal/Ray 1997).

- 5 Anregungen bietet z.B. die Vergleichende Demokratieforschung, die mit Differenzierungen zwischen präsidentiellen und parlamentarischen Systemen, Mehrheits- und Konsensusdemokratie, Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie und Direktdemokratie arbeitet (Schmidt 2000: 307–375); deren Einsatz in Fallstudien könnte zur Erklärung variierenden Außenverhaltens unterschiedlicher demokratischer Staaten in Krisen- und Konfliktfällen und damit auch zur weiteren Klärung des Interaktionsergebnisses „Frieden“ oder „Krieg“ beitragen.
- 6 Zur Problematik und Verbesserung der Definition von Krieg siehe Gantzel/Siegelberg (1990: 226).
- 7 „In most years, 99.9 percent of the dyads in the international system do not fight international wars against each other. This is a problem for the nomothetic approach to explanation, and it is compounded when an explanatory factor of interest is democracy. Wars are rare; until recently (in recent decades) democratic regimes have been even rarer“ (Ray 1995: 152).
- 8 Die strikte Auslegung des „niemals“ vertritt aber z.B. noch Weart (1998).
- 9 „A militarized dispute is an international interaction involving threat, display, or actual use of military force; it must be explicit, overt, not accidental, and government sanctioned“ (Russett u.a. 1998: 450).
- 10 Hensel u.a. (2000: 1177–1178) definieren drei unterschiedliche Rivalitätstypen über eine bestimmte Anzahl von militarisierten Disputen zwischen zwei Staaten innerhalb einer bestimmten Dauer ihrer Beziehung. Die einzige *andauernde* Rivalität (das sind sechs oder mehr militarisierte Dispute über eine Spanne von mindestens 20 Jahren) zwischen zwei Demokratien stellt ihrer Ansicht nach die Beziehung zwischen den USA und Großbritannien im 19. Jahrhundert dar.
- 11 Eine Reihe von Studien von Proponenten, „(which) exhibit more consensus on empirical patterns involving realpolitik variables than much of the realpolitik literature itself“ bei Maoz (1997: S. 193, Fn. 61, Zitat ebenda).
- Literatur:*
- Barbieri, Katherine*, 1996: Economic Interdependence: A Path to Peace or a Source of Interstate Conflict?, in: *Journal of Peace Research* 33 (1), 29–49.
- Benoit, Kenneth J.*, 1996: Democracies Really Are More Pacific (In General): Reexamining Regime Typ and War Involvement, in: *Journal of Conflict Resolution* 40, 636–657.
- Bremer, Stuart A.*, 1992: Dangerous Dyads. Conditions Affecting the Likelihood of Interstate War, 1816–1965, in: *Journal of Conflict Resolution* 36 (2), 309–341.
- Brock, Lothar*, 1999: Krieg der Wirtschaftswelten? Der „demokratische Frieden“ im Kontext der Globalisierung, in: *Anselm, Elisabeth/Freytag, Aurelius/Marschitz, Walter/Marte, Boris* (Hg.): Die neue Ordnung des Politischen, Frankfurt a.M./New York, 217–226.
- Brown, Michael E./Lynn-Jones, Sean M./Miller, Steven E.* (Hg.), 1996: Debating the Democratic Peace, Cambridge, Mass.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, James D./Siverson, Randolph M./Smith, Alastair*, 1999: An Institutional Explanation of the Democratic Peace, in: *American Political Science Review*, 93 (4), 791–807.
- Chan, Steve*, 1984: Mirror, Mirror on the Wall ... Are the Freer Countries More Pacific?, in: *Journal of Conflict Resolution* 28 (4), 617–646.
- Chan, Steve*, 1997: In Search of the Democratic Peace: Problems and Promise, in: *Mershon International Studies Review* 41 (1), 59–91.
- Cohen, Raymond*, 1994: Pacific Unions: A Reappraisal of the Theory that Democracies do not go to War with each other, in: *Review of International Studies* 20, 207–224.
- Czempiel, Ernst-Otto*, 1986: Friedensstrategien, Paderborn.
- Czempiel, Ernst-Otto*, 1996: Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (1), 79–101.

- Debiel, Tobias*, 1995: Demokratie und Gewalt in einer Welt des Umbruchs: Zur friedenspolitischen Relevanz politischer Herrschaftsformen in den 90er Jahren, in: *Ropers, Norbert/Debiel, Tobias* (Hg.): *Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt*, Bonn, 55–86.
- Dixon, William J.*, 1994: Democracy and the Peaceful Settlement of International Conflict, in: *American Political Science Review* 88 (1), 14–32.
- Doyle, Michael W.*, 1996: Michael Doyle on the Democratic Peace – Again, in: *Brown, Michael/Lynn-Jones, Sean/Miller, Steven* (Hg.): *Debating the Democratic Peace*, Cambridge, Mass., 364–373.
- Elman, Miriam F.* (Hg.), 1997: *Paths to Peace: Is Democracy the Answer?*, Cambridge, Mass.
- Elman, Miriam F.*, 1997a: Introduction: The Need for a Qualitative Test of the Democratic Peace Theory, in: *Elman, Miriam F.* (Hg.): *Paths to Peace. Is Democracy the Answer?*, Cambridge, Mass., 1–57.
- Elman, Miriam F.*, 1999: The Never-Ending Story: Democracy and Peace, in: *International Studies Review* 1, 87–104.
- Enterline, Andrew*, 1996: Driving While Democratizing, in: *International Security* 21, 183–196.
- Farber, Henry/Gowa, Joanne*, 1995: Politics and Peace, in: *International Security* 20 (2), 123–146.
- Farber, Henry/Gowa, Joanne*, 1997: Common Interests or Common Politics? Reinterpreting the Democratic Peace, in: *Journal of Politics* 59 (2), 393–417.
- Freedom House*, 1990ff: *Freedom in the World. The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties 1989–1990*, New York.
- Gantzel, Klaus Jürgen/Siegelberg, Jens*, 1990: Krieg und Entwicklung. Überlegungen zur Theoretisierung von Kriegsursachen unter besonderer Berücksichtigung der Zeit seit 1945, in: *Rittberger, Volker* (Hg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, (PVS-Sonderheft 21) Opladen, 219–239.
- Gartzke, Erik*, 1998: Kant We All Just Get Along? Opportunity, Willingness, and the Origins of the Democratic Peace, in: *American Journal of Political Science* 42 (1), 1–27.
- Gates, Scott/Knutsen, Torbjorn L./Moses, Jonathan W.*, 1996: Democracy and Peace: A More Skeptical View, in: *Journal of Peace Research* 33 (1), 1–10.
- Gowa, Joanne*, 1995: Democratic States and International Disputes, in: *International Organization* 49 (3), 511–522.
- Gowa, Joanne*, 1999: *Ballots and Bullets: The Elusive Democratic Peace*, Princeton.
- Henderson, Errol A.*, 1999: Neoidealism and the Democratic Peace, in: *Journal of Peace Research* 36 (2), 203–231.
- Hensel, Paul R./Goertz, Gary/Diehl, Paul F.*, 2000: The Democratic Peace and Rivalries, in: *Journal of Politics* 62 (4), 1173–1188.
- Hermann, Margaret G./Kegley, Charles W.*, 1995: Rethinking Democracy and International Peace: Perspectives from Political Psychology, in: *International Studies Quarterly* 39 (4), 511–534.
- Jagers, Keith/Gurr, Ted Robert*, 1995: Tracking Democracy's Third Wave with the Polity III Data, in: *Journal of Peace Research* 32 (4), 469–482.
- Kant, Immanuel*, 1777 (1795): Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: *Weischedel, Wilhelm* (Hg.): *Immanuel Kant Werkausgabe*, Bd. 11: *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik*, Frankfurt a.M., 195–251.
- Kegley, Charles W./Hermann, Margaret G.*, 1996: How Democracies Use Intervention: A Neglected Dimension in Studies of Democratic Peace, in: *Journal of Peace Research* 33 (3), 309–322.
- Kegley, Charles W./Hermann, Margaret G.*, 1997: Putting Military Intervention into the Democratic Peace. A Research Note, in: *Comparative Political Studies* 30 (1), 78–107.
- Layne, Christopher*, 1994: Kant or Cant. The Myth of the Democratic Peace, in: *International Security* 19 (2), 5–49.
- Layne, Christopher*, 1995: On the Democratic Peace, in: *International Security* 19 (4), 175–177.
- Levy, Jack*, 1988: Domestic Politics and War, in: *Journal of Interdisciplinary History* 18, 653–673.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack*, 1995: Democratization and the Danger of War, in: *International Security* 20 (1), 5–38.

- Maoz, Zeev*, 1997: The Controversy over the Democratic Peace: Rearguard Action or Cracks in the Wall?, in: *International Security* 22 (1), 162–198.
- Maoz, Zeev/Russett, Bruce*, 1992: Alliance, Contiguity, Wealth, and Political Stability: Is the Lack of Conflict among Democracies a Statistical Artefact?, in: *International Interactions* 17 (3), 245–267.
- Maoz, Zeev/Russett, Bruce*, 1993: Normative and Structural Causes of Democratic Peace, 1946–86, in: *American Political Science Review* 87 (3), 624–638.
- Meyers, Reinhard*, 1994: Begriff und Probleme des Friedens, Opladen.
- Mousseau, Michael*, 2000: Market Prosperity, Democratic Consolidation, and Democratic Peace, in: *Journal of Conflict Resolution* 44 (4), 472–507.
- Müller, Harald/Risse-Kappen, Thomas*, 1990: Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozeß in liberaldemokratischen Industrienationen, in: *Rittberger, Volker* (Hg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen (PVS-Sonderheft 21), 376–401.
- Nielebock, Thomas*, 1993: Frieden zwischen Demokratien: Ein empirisches Gesetz der Internationalen Beziehungen auf der Suche nach seiner Erklärung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22, 179–193.
- Oneal, John R./Oneal, Frances H./Maoz, Zeev/Russett, Bruce* 1996: The Liberal Peace: Interdependence, Democracy, and International Conflict, 1950–85, in: *Journal of Peace Research* 33 (1), 11–28.
- Oneal, John R./Ray, James Lee*, 1997: New Tests of the Democratic Peace: Controlling for Economic Interdependence, 1950–85, in: *Political Research Quarterly* 50 (4), 751–775.
- Oren Ido*, 1995: The Subjectivity of the Democratic Peace: Changing US Perceptions of Imperial Germany, in: *International Security* 20 (2), 147–184.
- Owen, John M.*, 1994: How Liberalism produces Democratic Peace, in: *International Security* 19 (2), 87–125.
- Owen, John M.*, 1997: *Liberal Peace, Liberal War: American Politics and International Security*, Ithaca, New York.
- Peceny, Mark*, 1997: A Constructivist Interpretation of the Liberal Peace: The Ambiguous Case of the Spanish-American War, in: *Journal of Peace Research* 34 (4), 415–430.
- Ray, James Lee*, 1990: Friends as Foes: International Conflict and Wars between Formal Allies, in: *Gochman, Charles S./Sabrosky, Andrew N.* (Hg.): *Prisoners of War: Nation-States in the Modern Era*, Lexington.
- Ray, James Lee*, 1995: Democracy and International Conflict. An Evaluation of the Democratic Peace Proposition, Columbia.
- Ray, James Lee*, 1997: The Democratic Path to Peace, in: *Journal of Democracy* 8 (2), 49–64.
- Risse-Kappen, Thomas*, 1994a: Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle, in: *Krell, Gerd/Müller, Harald* (Hg.): *Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen*, Frankfurt a.M./New York, 159–189.
- Risse-Kappen, Thomas*, 1994b: Wie weiter mit dem „demokratischen Frieden“?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (2), 367–379.
- Risse-Kappen, Thomas*, 1995: Democratic Peace – Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument, in: *European Journal of International Relations* 1 (4), 491–517.
- Rousseau, David L./Gelpi, Christopher/Reiter, Dan/Huth, Paul K.*, 1996: Assessing the Dyadic Nature of the Democratic Peace, 1918–88, in: *American Political Science Review* 90 (3), 512–533.
- Rummel, Rudolph J.*, 1995: Democracies ARE Less Warlike Than Other Regimes, in: *European Journal of International Relations* 1 (4), 457–479.
- Rummel, Rudolph, J.*, 1979: *Understanding Conflict and War* (5 Bände 1975–81), Band 4: *War, Power, Peace*, New York/Beverly Hills.
- Russett, Bruce*, 1993: *Grasping the Democratic Peace*, Princeton.
- Russett, Bruce*, 1995: The Democratic Peace – And Yet It Moves, in: *International Security* 19 (4), 164–175.

- Russett, Bruce/Oneal, John R./Davis, David R.*, 1998: The Third Leg of the Kantian Tripod for Peace: International Organizations and Militarized Disputes, 1950–85, in: *International Organization* 52 (3), 441–467.
- Schmidt, Manfred G.*, 2000: *Demokratiethorien*, 3. Auflage, Opladen.
- Senghaas, Dieter/Senghaas, Eva*, 1992: Si vis pacem, para pacem, in: *Leviathan* 20 (2), 230–251.
- Siverson, Randolph M.*, 1995: Democracies and War Participation: In Defense of the Institutional Constraints Argument, in: *European Journal of International Relations* 1 (4), 481–489.
- Siverson, Randolph M./Emmons, Julian*, 1991: Birds of a Feather. Democratic Political Systems and Alliance Choices in the 20. Century, in: *Journal of Conflict Resolution* 35 (2), 285–306.
- Small, Melvin/Singer, David J.*, 1982: *Resort to Arms: International and Civil Wars, 1816–1980*, Beverly Hills.
- Spiro, David E.*, 1994: The Insignificance of the Liberal Peace, in: *International Security* 19 (2), 50–86.
- Spiro, David E.*, 1995: The Liberal Peace – And Yet It Squirms, in: *International Security* 19 (4), 177–180.
- Starr, Harvey*, 1997: Democracy and Integration: Why Democracies Don't Fight Each Other, in: *Journal of Peace Research* 34 (2), 153–162.
- Thompson, William R./Tucker, Richard*, 1997: A Tale of Two Democratic Peace Critiques, in: *Journal of Conflict Resolution* 41 (3), 428–454.
- Ward, Michael D./Gleditsch, Kristian S.*, 1998: Democratizing for Peace, in: *American Political Science Review* 92 (1), 51–62.
- Weart, Spencer R.*, 1998: *Never at War: Why Democracies Will Not Fight One Another*, New Haven.
- Wood, Allen W.*, 1996: Kants Entwurf für einen ewigen Frieden, in: *Merkel, Reinhard/Wittmann, Roland* (Hg.): „Zum ewigen Frieden“. Grundlagen, Aktualität und Aussichten einer Idee von Immanuel Kant, Frankfurt a.M., 67–90.